

ÜBERSEE: FÜR DIE EINRICHTUNG EINER „TASK-FORCE“ DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Von einer Subventionswirtschaft zu einer Projektwirtschaft

12/04/2017

Die derzeitige historische Volksbewegung in Guyana ist ein Symbol für das offensichtliche Scheitern der seit Jahrzehnten in den Überseeterritorien umgesetzten öffentlichen Politiken.

Diese Erkenntnis erfordert eine grundsätzliche Infragestellung der Durchführungsmodalitäten europäischer Zuschüsse und muss in einer Überlegung münden, die insbesondere einen strategischen Dialog zwischen den europäischen Institutionen und den Überseeterritorien, die dem Raum der Europäischen Union erhebliche Vorteile bringen, fokussiert.



Eine Zahl schreckt uns auf: In den Übersee-Departements sind im Durchschnitt 50 bis 60% der Jugendlichen im Alter von 18-25 Jahren arbeitslos. Wenn man weiß, dass die Lebenshaltungskosten dort deutlich höher liegen als in Kontinentalfrankreich, wird einem sofort klar, dass dort das Gefühl, eine echte soziale Ungerechtigkeit zu erleben, geradezu auf einem Pulverfass erwächst, auf dem sich auch die Revolte entwickelt, der wir derzeit in Guyana beiwohnen.

Die Wirtschaft in den Überseedepartements ist zwar unverändert erheblich von der Bereitstellung von nationalen oder europäischen Mitteln abhängig, Mitteln, die ursprünglich gedacht waren, die Grundlagen für eine

territoriale Entwicklung zu schaffen, mit der die Überseeterritorien dann eine Integration in die weltweite Wirtschaftsdynamik erreichen sollten. Doch läutet der zunehmende sozioökonomische Niedergang dieser Territorien eine Alarmglocke, so dass man sich kann mit Fug und Recht die Frage stellen kann, inwieweit diese Finanzierungen tatsächlich effizient sind.

Es gibt nur eine Antwort auf diese Frage. Wenn diese Hilfen die gesetzten Ziele nicht erreichen, so liegt dies daran, dass die Träger der lokalen - sowie sogar der nationalen bzw. internationalen - wirtschaftlichen Macht einfach nicht daran interessiert sind, dass die Region das „Referenz“-Entwicklungsniveau erreicht, mit dem unmittelbar den nationalen und europäischen Hilfen ein Ende gesetzt werden könnte. Wir wohnen also derzeit wohl auf der Organisation eines wirtschaftlichen Systems bei, das von der Verarmung dieser Regionen lebt und die Abschöpfung von Zuschüssen ermöglicht, da diese offensichtlich nur einigen wenigen privilegierten Akteuren eine Grundrente verschafft.

Dieser Missbrauch der regionalen Wirtschaftspolitik verurteilt jegliche Entwicklungsdynamik von vornherein zum Scheitern, und wir werden

hoffnungslos der Fortschreibung dieses Teufelskreises der Abhängigkeit der Überseeregionen beiwohnen.

Als unfreiwilliges Opfer dieser Funktionsstörungen stellt die Bevölkerung der Überseeterritorien mit Schrecken fest, dass zwar auf der einen Seite aufwendige Projekte realisiert werden, auf der anderen Seite jedoch auch die Ungleichheiten zunehmen, so dass die Bevölkerung unverändert im täglichen Leben unter äußerst gravierenden Engpässen bei der Umsetzung der Dienstleistungen bei den sozialpädagogischen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Grundbedarfsleistungen leidet. Dieser Zustand erklärt insbesondere, dass in den Überseedepartements gleichzeitig sowohl der Rekord in Bezug auf die Armutsquote, als auch die größten Ungleichheiten Frankreichs zu verzeichnen sind.

Mit diesen strukturellen Schwierigkeiten der Überseedepartements konfrontiert, werden zahlreiche europäische, im operationellen Programm (OP) vorgesehene Finanzierungsinstrumente nur wenig oder überhaupt nicht eingesetzt. Mittel der Fonds EFRE, EAFRD und ESF sind zwar verfügbar, doch verhindern administrative und institutionelle Blockierungen deren Umsetzung in Übersee, was die Lage in diesen Territorien weiter verschärft.

Die Notlage der Bevölkerung von Guyana und ganz generell in den DOM muss zu einer nationalen und europäischen Bewusstseinswerdung für eine absolut notwendige Umorientierung der regionalen Politiken in den Überseeterritorien führen.

Die kumulierten Verzögerungen in der Entwicklung sind in keinem Fall ein Appell zur Beendigung der finanziellen Unterstützung, doch ist es dringend notwendig, dass diese Zuschüsse dafür verwendet werden, wofür sie eigentlich bestimmt sind, damit die direkt hiervon betroffenen Bevölkerungen messbare Ziele erkennen können. Es kann einfach nicht sein, dass sich Frankreich und die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union insgesamt mit dieser Subventionswirtschaft der Überseeterritorien an einer „Entwicklungshilfe“-Parodie beteiligen, statt vielmehr die Dynamik einer „Projektwirtschaft“ zu fördern.

Diese Situation erfordert folglich eine strikte Neubewertung der Finanzierungsmechanismen, die sich in Richtung von Projektpolitiken umorientieren müssen, welche sich die Bevölkerung der Überseeterritorien unmittelbar zu Eigen machen können.

Die sozialwirtschaftliche Dringlichkeit in diesen Territorien erfordert, dass man die Behandlung dieser Problemfelder mit konkreten Vorschlägen angeht.

Einerseits ist es in Frankreich in dieser Periode der Präsidentschaftswahlen von wesentlicher Bedeutung, dass sich jeder einzelne Kandidat diese Themen zu Eigen macht und in Bezug auf diese zu oft von der öffentlichen Debatte vernachlässigten Territorien eine ehrgeizige Zukunftsvision vertritt.

Andererseits erfordert die Suche nach effizienten Lösungen vor Ort sowie nach geeigneten Projekten die **Einrichtung einer Task-Force der Europäischen Kommission, die sich ganz speziell mit Guyana und den Überseeterritorien befasst** - und die Umsetzung von Finanzierungsinstrumenten ermöglicht, die sich einer effizienten Politik des Übergangs und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit widmen.

Eine Entwicklungsstrategie, die sich auf die zahlreichen Vorteile der Überseeterritorien stützt, die in innovativen Sektoren wie den erneuerbaren Energien oder der Biodiversität zu finden sind, sowie ebenfalls auf die Kräfte der zivilen Gesellschaft, die bereit ist, sich für den Aufbau ihrer Zukunft zu mobilisieren.

Auf diese Vorteile und Stärken sollten sich die nationalen und europäischen Verantwortlichen stützen und so diese Territorien zu dem machen, was sie stets waren und auch in Zukunft sein sollten: unabdingbare Faktoren der Ausstrahlung Frankreichs und der Europäischen Union in den Gebieten, die hohe Erwartungen in unsere Vorbildlichkeit stecken.

Maryse COPPET

Rechtsanwalt der Anwaltskammer von Brüssel und Guadeloupe

